

FÜRTH *Nachrichten*

FÜRTH — Mit einem Autokorso haben Vertreter der Fürther Wohlfahrtsverbände für eine angemessene Finanzierung der ambulanten Pflegedienste demonstriert. Die Stadt gibt dem Aufbegehren Rückendeckung.

Nachdem am Mittwoch die Bevölkerung an einem Infostand in der Fußgängerzone auf die Probleme aufmerksam gemacht worden war, sind gestern 21 Fahrzeuge der Arbeiterwohlfahrt und Caritas, des Diakonischen Werkes, Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und Roten Kreuzes bei der AOK vorgefahren. Stellvertretend für alle Kassen wurde dem Spitzenverband der Krankenversicherer eine Protestnote überreicht. „Wir verhungern am ausgestreckten Arm“, beschrieb Caritas-Geschäftsführer Christian Hoffmann die Lage. Seit 2001 hat sich die Vergütung für häusliche Krankenpflege nur um fünf Prozent erhöht, während die Lebenshaltungskosten um zwölf Prozent gestiegen sind. Die Kassen gehen von einem Stundensatz für die Grundpflege von 30 Euro aus, doch die realen Kosten der Pflegedienste liegen zwischen 40 und 45 Euro.

AOK-Bereichsleiter Jürgen Anton hielt den Klägern entgegen, man könne nur das Geld ausgeben, das durch die Kassenbeiträge hereinkommt. Für einen Regelstundensatz von 30 Euro können die Verbände allerdings keine qualifizierten Fachkräfte beschäftigen, gab Sozialreferent Karl Scharinger zu bedenken. Ausbaden müssten die Misere dann die Patienten. Die Kommune unterstütze daher den Vorstoß der Wohlfahrtsverbände.

Fürth ist landesweit einer von fünf Aktionsschwerpunkten. Wie Karl-Heinz Wurst, Geschäftsführer der örtlichen Arbeiterwohlfahrt, betonte, demonstriere man notgedrungen. Die Wohlfahrtsverbände gehen auf die Straße um Bewegung in die seit neun Monaten festgefahrenen Verhandlungen zu bringen. „Oft arbeiten gerade kleine, neu gegründete Pflegedienste bis zur Selbstausschöpfung, da ihnen die Mittel für weitere Mitarbeiter fehlen“, heißt es in der Protestnote. Heidemarie Reuther, AOK-Pflegekassenleiterin für Mittelfranken, versprach immerhin, alles im Bereich des Möglichen liegende zu tun, um den Wohlfahrtsverbänden aus der Klemme zu helfen. Auch die Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassenverbände stellt sich hinter die ambulante Pflege, der Vorrang vor einer stationären Versorgung eingeräumt werden müsse. Sie weist in einer Erklärung allerdings auch darauf hin, dass eine Erhöhung der Vergütung für ambulante Dienste wegen der Deckelung der Pflegeversicherung zu einer Verringerung der Leistungen für die Versicherten führe. Diese müssten zusätzliche Dienste dann aus eigener Tasche bezahlen.

VOLKER DITTMAR



Freitag, 6. August 2009 – Lokal / Seite 3

Vor der AOK-Geschäftsstelle an der Gabelsberger Straße überreicht Caritas-Geschäftsführer Christian Hoffmann (li.) eine Protestnote an die Kassenvertreter (v. re.) Heidemarie Reuther und Jürgen Anton. Foto: Edgar Pfrogner